

Es bleibt bei 5025 Euro Pension

Ex-Staatssekretär Palmen scheitert mit Klage

Von Tobias Blasius

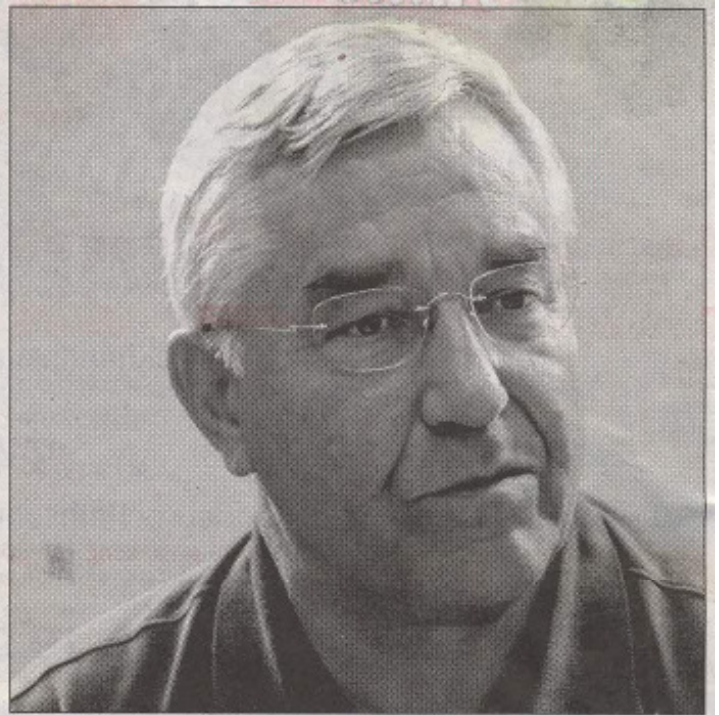
DÜSSELDORF. Wenn ein Politiker sein Land auf höhere Pensionszahlungen verklagt, wird es ein einsamer juristischer Kampf. Manfred Palmen weiß das, als er gestern Morgen im Kämmerlicht den Sitzungssaal IV des Verwaltungsgerichts Düsseldorf betritt.

Der CDU-Landtagsabgeordnete aus Kleve und frühere Staatssekretär der Regierung Rüttgers ist ohne Anwalt erschienen. Als erfahrener Verwaltungsjurist vertraut er allein auf eine dicke Aktenmappe und sein Rechtsgefühl. Der 66-jährige Politiker will nicht akzeptieren, dass er den Lebensabend mit 5022 Euro Pension monatlich zuzüglich einer gesonderten Abgeordnetenrente bestreiten soll. Selbst wenn ein Durchschnittsruheständler von einem derartigen Alterseinkommen nur träumen kann - und er seit Wochen in Internetforen als Polit-Raff-

ke beschimpft wird.

Auch beim Verwaltungsgericht trifft Palmen auf wenig Verständnis. Die Klage wird nach nur einstündiger Verhandlung abgewiesen. Möglicherweise will der CDU-Mann dennoch beim Oberverwaltungsgericht Berufung einlegen.

Hauptstreitpunkt ist die Verrechnung verschiedener Versorgungsansprüche. Palmen hat 45 Jahre in diversen öffentlichen Ämtern zugebracht. Zwischen 2005 und 2010 diente er obendrein als Parlamentarischer Staatssekretär, was ihm normalerweise mehr als 3000 Euro Pensionsansprüche bescheren würde. Da er sich aber als langjähriger Stadtdirektor bereits ein Ruhegehalt von 5022 Euro monatlich erarbeitet hatte, fällt die Staatssekretärszeit, wie Richter Norbert Klein einräumt, „versorgungstechnisch unter den Tisch“. Eine unbotmäßige Härte?



Manfred Palmen, CDU-Abgeordneter aus Kleve, scheitert mit seiner Pensions-Klage gegen das Land NRW. Foto: Dirk Schuster

Es sei „nicht in Ordnung“, findet Palmen, dass bei den Pensionsansprüchen so getan werden, als habe es seine fünf Jahre Regierungsarbeit gar nicht gegeben. Der Gesetzgeber könne solche Regelungen sehr wohl treffen, urteilt dagegen das Gericht, damit es durch Politiker mit mehreren Ämtern und Funktionen nicht zu doppelten Belastungen der

öffentlichen Haushalte komme. Für Palmen bleibt am Ende ein Trost, der sich noch zu einem landespolitischen Streitthema entwickeln könnte: Vertreter des Innenministeriums erklärten überraschend, die Landesregierung wolle die Versorgungsregelungen für Minister und Staatssekretäre noch einmal auf Gerechtigkeitslücken hin überprüfen.

